

EU muss sozialer werden

Tagung: Milliarden gegen Arbeitslosigkeit reichen nicht

Höchstens ein Tropfen auf den heißen Stein ist nach Einschätzung von Sascha Zirra vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) das Milliarden-Paket der EU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenländern.

Sechs Milliarden Euro sollen für Projekte zur Verbesserung der Beschäftigungslage in den besonders krisengebeutelten Ländern bereitgestellt werden. „Die Summe ist toll – gerade weil sie sich nicht auf sieben Jahre verteilt, sondern nur auf 2013 und 2014“, stellte Zirra bei einer Tagung der Akademie im Caritas-Pirckheimer-Haus fest. „Aber verteilt auf jeden Einzelnen ergibt das vielleicht 1000 Euro pro Kopf – viel weniger, als beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit für jeden geförderten Jugendlichen aufwendet. Und womöglich bleibt viel Geld bei Konferenzen und in der Organisation auf der Strecke.“

Seine pessimistische Einschätzung passt für den wissenschaftlichen Mitarbeiter der IAB ins allgemeine Lagebild: Den Anspruch, den die EU im Jahr 2000 formuliert habe, sieht er bis heute nicht eingelöst. Eher im Gegenteil: „Die Ungleichgewichte und Divergenzen zwischen den Wirtschaftsräumen haben eher zugenommen“, sagt Zirra und führt das nicht zuletzt auf den Abbau der Zölle zurück.

„Damit ist ein Anpassungsmechanismus weggefallen, der für einen Ausgleich sorgen konnte. Jetzt bleibt Ländern wie Griechenland nur noch die Möglichkeit, Löhne und Sozialleistungen drastisch zu kürzen.“ Zweites Ventil sind Wanderungsbewegungen innerhalb der EU – mit ebenso erfreu-

lichen wie bedenklichen Folgen: Wandern vor allem die Fitten und Erfolgreichen ab, geraten die betroffenen Länder noch mehr in Schieflage.

Gegenüber dem gut funktionierenden Binnenmarkt sieht auch der mittelfränkische EU-Parlamentarier Martin Kastler bei der „sozialen Dimension“ noch Nachholbedarf, am Arbeitsmarkt wie bei den Sozialsystemen. Die Jugendarbeitslosigkeit bezeichnete auch er als den aktuell zweitgrößten „größten Skandal“. Die Schuld sieht er in „schlechter Regierungsführung vor Ort, egal welche Parteien in den vergangenen Jahren an der Macht waren“. Deshalb dürfe Geld nur für „gute Konzepte“ ausgegeben werden.

Allerdings haben Länder wie Portugal bisher oft nicht mal alle ihnen zustehenden Fördermittel abgerufen, weil sie den Grundstock nicht aufbringen können. Das wollte Kastler nicht gelten lassen, doch musste er sich von der Erlanger Bürgermeisterin Elisabeth Preuß sagen lassen, dass „so etwas auch bei uns vorkommt“. Ihr Beispiel: Die Bundesregierung habe den „Eingliederungstopf“ für Arbeitslose so beschnitten, dass sich Kommunen und andere Träger die Projekte oft nicht mehr leisten können.

Nicht von ungefähr bildeten soziale Fragen sowie die Themen Menschenrechte und Bürgerbeteiligung bei der Tagung mit der Uni Erlangen-Nürnberg, den Europabüros und weiteren Partnern Schwerpunkte bei der Leitfrage „Mehr oder weniger Europa?“. Denn die Förderung des sozialen Zusammenhalts war einer der Gründe für die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die EU.

WOLFGANG HEILIG-ACHNECK